



## **Innenminister hält Abgaben-Volksbegehren für verfassungswidrig**

Initiatoren des Volksbegehrens gegen überhöhte Kommunalabgaben bei der Übergabe von 24.000 Unterschriften. Foto: Peter Michaelis

Thüringens Innenminister Jörg Geibert (CDU) macht Front gegen das Volksbegehren gegen überhöhte Kommunalabgaben: Er hält die Intentionen des entsprechenden Gesetzesvorschlags für verfassungswidrig. Das Konzept sieht unter anderem eine neue Landessteuer namens Infrastrukturabgabe vor, an deren Rechtmäßigkeit sich die Geister scheiden.

Erfurt. "Es spricht sehr vieles dafür, dass sich dieses Volksbegehren nicht auf dem Boden unserer Verfassung befindet", erklärte Geibert in einem TLZ-Interview. Vor allem die vorgeschlagene Infrastrukturabgabe stößt auf seine Bedenken. Er bezweifelt, dass der Landesgesetzgeber überhaupt eine neue Steuer einführen darf. "Das ist nichts anderes als eine neue Grundsteuer", sagte Geibert.

Innerhalb kürzester Zeit hatten die Initiatoren des Volksbegehrens etwa 24.000 Unterschriften für ihren Vorstoß gesammelt. Die werden jetzt vom Innenministerium geprüft. Danach muss die Landtagspräsidentin die Zulässigkeit feststellen. Erst dann wird die Landesregierung über das weitere Vorgehen beraten. Lehnt sie das Volksbegehren ab, wird wohl letzten Endes wieder einmal der Verfassungsgerichtshof darüber entscheiden müssen.

Geibert unterstrich aber, dass er die Sorgen über zu hohe Kommunalabgaben, die in der hohen Zahl von Unterschriften zum Ausdruck kommen, sehr ernst nimmt. "Wir müssen mehr erklären, welche Möglichkeiten es gibt, damit die Bürger entlastet werden", sagte er. Zu diesem Zweck wird in seinem Haus eine "Task Force" ins Leben gerufen, die Städten und Gemeinden bei der Bürgerberatung helfen soll.

TA 12.09.2011